

## Koalition für Währungsstabilität

### Klare Regeln für Euro-Sünder

**Klare Absage an eine „Transfer-Union“: Deutschland setzt in Europa auch künftig auf die Eigenverantwortung aller Staaten für ihre Schulden. Der neue Mechanismus zur Stärkung der Euro-Stabilität wird noch härter. Bereits heute ist die Beantragung von Rettungskrediten für die betroffenen Staaten ein schmerzlicher Weg.**

Die christlich-liberale Bundesregierung setzt sich in Brüssel für eine Stärkung der Euro-Stabilität ein. Das kündigte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am Donnerstag vor dem Deutschen Bundestag an. Kurz vor ihrer Abreise zum Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs sprach sie sich in aller Deutlichkeit für mehr Sanktionen gegen Defizit-Sünder aus. Die laufenden Hilfsmaßnahmen waren aufgrund der prekären Schulden-Situationen in den betroffenen Ländern notwendig geworden. Gleichzeitig setzt sich die christlich-liberale Koalition für eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit Europas ein. „Für die dauerhafte Stabilisierung des Euro sind die Reformanstrengungen in den einzelnen Euro-Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung“, bekannte Frau Merkel. Vor diesem Hintergrund warnte sie nachdrücklich vor einer „Transferunion“. Die europäischen Staaten müssten auch künftig einzeln und nicht gemeinschaftlich für ihre Schulden haften. „Ich bin dankbar für die klaren Worte des Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet“, so Frau Merkel unter dem Applaus des Deutschen Bundestages, „der bekräftigt hat, dass mit Eurobonds die Anreize zu solider Haushaltspolitik leiden.“

Union und FDP haben Bundeskanzlerin Merkel vor ihrer Abreise mit einem klaren Mandat betraut: Die EU müsse, so die Auffassung der Koalitionsfraktionen, für eventuelle künftige Krisenfälle in einzelnen Euro-Staaten besser gerüstet sein. So müssten in der Zukunft auch

private Gläubiger in die Krisenbewältigung einbezogen werden. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass Investoren von den hohen Renditen der Staatsanleihen krisengebeutelter Staaten profitieren, ohne das für die Zinssätze verantwortliche hohe Verlustrisiko selbst mittragen zu müssen. Auch in diesem Zusammenhang sicherte Frau Merkel ihre Unterstützung zu. Darüber hinaus, so die Bundeskanzlerin, müssen Länder, „die auf Solidarität zählen, auch bereit sein, Eigenverantwortung zu übernehmen.“

Zur Stärkung der Gemeinschaftswährung sicherte Bundeskanzlerin Merkel zu, dass das im Mai 2010 beschlossene Volumen des Euro-Rettungsschirms im Notfall komplett zur Verfügung stehen soll. Gleichzeitig betonte sie erneut, dass entsprechende Kredite

#### Keine Hilfen ohne Reformen

nur im äußersten Notfall gewährt und ihre Verwendung und Rückzahlung streng überwacht würde. Bereits heute ist die Vergabe von Rettungskrediten, die der IWF, die EU und die Europäische Zentralbank je befürworten müssen, an extrem strenge Bedingungen geknüpft. Mit ihnen geht für die betroffenen Staaten ein Verlust an politischen Gestaltungsräumen einher, so dass ihre Beantragung stets nur eine schmerzliche letzte Möglichkeit bleibt. Die Bundeskanzlerin kündigte außerdem an, sich für eine Änderung der europäischen Verträge einzusetzen. Auch der neue Rettungsmechanismus darf nur aktiviert werden, wenn dies für die Stabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt unabdingbar ist.

*Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!*

*Wir Christsoziale haben nie einen Zweifel daran gelassen: Im Kampf für die Freiheit und gegen die Unfreiheit gibt es keine Neutralität. Deshalb stehen wir an der Seite aller freiheitsliebenden*



*Menschen in Tunesien, in Ägypten – und auch in Libyen und der ganzen arabischen Welt. Ausgangslage und Entwicklung der letzten Wochen sind jedoch in jedem Land unterschiedlich. In Libyen ist kaum zu unterscheiden, wo die Freiheitsbewegung aufhört und der Kampf der Eliten des alten Systems gegeneinander beginnt.*

*Eine Intervention in einen Bürgerkrieg auf Luftunterstützung zu begrenzen, ist kaum möglich. Nicht weniger schwierig ist es, angesichts der Entwicklung in anderen Ländern der Region einen solchen Eingriff auf Libyen zu beschränken. Dennoch achten wir die Motive, dem libyschen Volk auch militärisch zu helfen. Deswegen ist es uns wichtig, unsere Partner mit allen anderen Mitteln in ihren Anstrengungen für die Befreiung Libyens zu unterstützen. So hat sich Deutschland etwa als einer der ersten Staaten bereiterklärt, ein umfassendes Öl-Embargo gegen das Regime von Tripolis durchzuführen.*

*Soldaten aus unseren Partnerstaaten riskieren seit Tagen ihr Leben, um das Blutbad zu stoppen, das Gaddafis Truppen an den Aufständischen verrichten. Die Sicherheit dieser verbündeten Soldaten hängt entscheidend von der Überwachung des libyschen Luftraums ab. Dafür benötigen die Alliierten neue Kapazitäten. Daher hat der Bundestag zur Entlastung unserer Partner wieder deutsche AWACS-Aufklärungsflüge in Afghanistan ermöglicht. Das entspricht nicht nur dem Geist der UN-Resolution, sondern ist auch gelebte Bündnis-Solidarität.*

*Mit freundlichen Grüßen*



Dr. Reinhard Brandl MdB

## Oswald neuer Vizepräsident des Bundestages

# Diplomat im Dienst der Demokratie

**Seit Mittwoch ist Eduard Oswald neuer Vizepräsident des Deutschen Bundestages. Die Wahl in das einflussreiche Amt krönt die politische Arbeit eines außergewöhnlich engagierten Parlamentariers.**

Am Donnerstagabend um 20 Uhr war es so weit: Der neue Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Eduard Oswald, leitete seine erste Parlamentssitzung – und blieb in seinem ehrenvollen neuen Amt so, wie ihn die Menschen in seinem Wahlkreis seit Jahrzehnten kennen und schätzen: Bescheiden, freundlich, ein Mann der überlegten Worte. Oswalds klare und zuverlässige Art sorgte dafür, dass dem 63-jährigen Augsburgener in seinen vielen politischen Jahren immer wieder wichtige Aufgaben anvertraut wurden.

Am Mittwoch nun wählte der Deutsche Bundestag Oswald, der dem Parlament seit 1987 angehört, mit überragender Mehrheit zu seinem Vizepräsidenten: 504 von 570 Volksvertretern votierten für den Schwaben. Zuvor hatten ihn die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion jeweils einstimmig nominiert. Erfahrene Beobachter

der politischen Szene wurden von der breiten Unterstützung Oswalds nicht überrascht – im Gegenteil.

Über alle Fraktionsgrenzen hinweg wird Oswald, der Konrad Adenauer



Die Wahl zum Bundestags-Vizepräsidenten krönt die verlässliche und erfolgreiche politische Arbeit von Eduard Oswald.

als sein politisches Vorbild nennt, für seinen Sachverstand geschätzt. So war er nicht nur Helmut Kohls Bundesbauminister, sondern später auch auf weiteren Politikfeldern erfolgreich. Insgesamt drei verschiedene Bundestagsausschüsse leitete Oswald in seiner außergewöhnlichen Laufbahn, darunter von 2005 bis 2009 den Finanz- und seit der letzten Bundestagswahl den Wirtschaftsausschuss. „Die erfolgreiche Überwindung der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit drei Generationen“, erinnert

sich Oswald, „war ein echter Kraftakt, der viel Konzentration und Ausdauer erforderte.“

Geschätzt wird Oswald von seinen Abgeordnetenkollegen aber nicht nur für seinen breiten Sachverstand, sondern auch für seine vermittelnde Art. Der verheiratete Familienvater – Oswald hat einen Sohn und eine Tochter – hat als Ausschuss-Vorsitzender stets fair agiert und nach Möglichkeit auf Ausgleich gesetzt. Seine stille Diplomatie hat manche Verhandlungsblockade gelöst.

Nach der Wahl Gerda Hasselfeldts zur Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe wurde Oswald nun zu ihrem Nachfolger als Bundestags-Vizepräsident gewählt. Nicht nur dem Präsidenten des einzigen direkt gewählten Verfassungsorgans kommt im politischen System eine herausragende Rolle zu – nicht ohne Grund ist er nach dem Bundespräsidenten der zweite Mann im Staat –, sondern auch seinen Stellvertretern. Doch Oswald bleibt sich treu. Sein Blick nach vorn richtet sich auf die Sache: „Das Parlament ist die Herzkammer unserer Demokratie. Seine Stärkung ist mein Auftrag.“

## Diese Woche

Koalition für Währungsstabilität <b>Klare Regeln für Euro-Sünder</b>	1
Oswald neuer Vizepräsident des Bundestages <b>Diplomat im Dienst der Demokratie</b>	2
Integration als Schlüsselaufgabe <b>Christsozialer leitet Projektgruppe</b>	2
Ergebnisoffene Prüfung der Kernkraft <b>Merkel fordert Sicherheit in ganz Europa</b>	3
Bundeswehr und Zivilgesellschaft gestärkt <b>Die Gemeinschaft im Sinn</b>	4
Mut zur Infrastruktur <b>Innovation schafft Wachstum</b>	4

### IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:  
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner  
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212  
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de  
internet: www.csu-landesgruppe.de

## Integration als Schlüsselaufgabe

# Christsozialer leitet Projektgruppe

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen neuen Integrationsbeauftragten. Michael Frieser will die Migranten fördern und fordern.**

Michael Frieser ist seit Dienstag Integrationsbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Als Leiter einer entsprechenden Projektgruppe von Volksvertretern der Union wird er sich für eine Berücksichtigung der Integrationspolitik in allen Bereichen der Regierungspolitik stark machen. Der Projektgruppe gehören unter anderem Innen-, Rechts-, Familien- und Bildungspolitiker an, die das Ziel erfolgreicher Integration als Querschnittsaufgabe bearbeiten.

Nach seiner Ernennung bekannte sich Michael Frieser klar zur gesellschaftlichen Schlüsselrolle der Integrationspolitik: „Die Union sagt Ja zur Förderung der Integration, aber wir fordern sie auch. Integrationsbemühungen müssen an ihrer Praxistauglichkeit gemessen werden.“ Der 46-jährige Nürnberger folgt in dieser Aufgabe dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Stefan Müller.

## Ergebnisoffene Prüfung der Kernkraft

# Merkel fordert Sicherheit in ganz Europa

**Union und FDP haben die ergebnisoffene Überprüfung der Sicherheit aller deutschen Kernkraftwerke auf den Weg gebracht. Doch die christlich-liberale Bundesregierung geht noch einen Schritt weiter: In ganz Europa und der Welt sollen ebenso hohe Standards gelten.**

Wie ernst die christlich-liberale Koalition die Lage in Japan nimmt, verdeutlichte am Donnerstag einmal mehr Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel. Kurz vor ihrer Abreise zum Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs hatte sie eine Regierungserklärung zur langfristigen Stabilisierung des Euro angekündigt. Doch angesichts der schrecklichen Folgen der Naturkatastrophen an Japans Ostküste widmete sie sich zu Beginn ihrer Rede auch der Frage nach der Sicherheit unserer künftigen Energieversorgung: Angesichts der Bilder aus Japan könne sie „nicht einfach zu Tagesordnung übergehen“, so die Bundeskanzlerin.

Frau Merkel kündigte an, das Thema Kernenergie auch beim Gipfeltreffen in Brüssel zur Sprache zu bringen. Deutschland habe eine entsprechende Änderung der Tagesordnung durchgesetzt, weil auch im europäischen Zusammenhang über die Kernenergie gesprochen werden müsse. Auf Zustimmung stieß auch Frau Merkels Forderung nach einem Stresstest für alle Kernkraftwerke auf unserem Kontinent. Gleichzeitig kündigte die Bundeskanzlerin an, dass Deutschland und Frankreich einen Antrag für die Sicherheit aller betroffenen Kraftwerke weltweit in die Beratungen der G20 einbringen werden.

Der Konsens zwischen allen Fraktionen des Deutschen Bundestages lautet: Aufgrund der in Japan unter schrecklichen Erlebnissen gewonnenen Erkenntnisse müssen die Chancen und Risiken der Kernenergie neu bewertet werden. Daher hat die christlich-liberale Bundesregierung mit Unterstützung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag beschlossen, unabhängig vom Verhalten des Auslands zuerst alle deutschen Kernkraftwerke einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen.

Gleichzeitig sucht die Koalition bezüglich der Frage nach der Zukunft



Bundeskanzlerin Angela Merkel lässt die Sicherheit aller deutschen Kernkraftwerke prüfen. Eine von der Koalition eingesetzte Expertengruppe denkt unterdessen ergebnisoffen über deren Zukunft nach.

unserer Energieversorgung den Austausch mit der Gesellschaft. Daher bat Bundeskanzlerin Merkel hochrangige Vertreter der Zivilgesellschaft um ihre offene Bewertung der weiteren

Tragfähigkeit der Kernkraft. Zu diesem Ziel berief sie eine Ethikkommission für sichere Energieversorgung. Diese hochrangige Runde ist beim Bundeskanzleramt angesiedelt und wird von Professor Klaus Töpfer und Professor Matthias Kleiner geleitet. Töpfer war in den 1990er-Jahren Bundesumweltminister und hatte später als Chef der UN-Umweltbehörde globale Verantwortung übernommen. Kleiner ist der Präsident der renommierten Deutschen Forschungsgesellschaft. Dem 14-köpfigen Gremium gehören auch der Münchener Kardinalerzbischof Reinhard Marx und der evangelische

Landesbischof von Baden, Ulrich Fischer, an. Weitere Mitglieder sind unter anderem Risiko- und Nachhaltigkeitsforscher, Philosophen und Gewerkschaftsvertreter.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

## Skrupellos

Die ehemalige nordrhein-westfälische Gesundheitsministerin Birgit Fischer wechselt die Seiten. Die Sozialdemokratin lässt sich ab Mai von der Pharmalobby bezahlen. Frau Fischer hatte die Arbeit des Verbandsforschender Arzneimittelhersteller (VfA) in ihren früheren Funktionen häufig scharf kritisiert – jetzt will sie ihm als Hauptgeschäftsführerin dienen. An diese Diskrepanz erinnerte auch der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Voller Spott bemerkte er, dass Frau Fischer die Arzneimittelpreise immer wieder als zu hoch kritisiert hatte: „Ich gehe davon aus, dass sie bei dieser Haltung bleiben wird.“ Die Höhe des Gehalts, das sie künftig als höchste Interessenvertreterin des VfA kassiert, ist nicht bekannt – im Gegensatz zu ihrer Vorgehensweise, die bereits manch anderer Genosse gewählt hatte.

## Konzeptlos

Dass das deutsche Stromnetz deutlich ausgebaut werden muss, bevor der Anteil erneuerbarer Energien weiter steigen kann, ist inzwischen bekannt. Dass sich die Grünen gegen die notwendigen Bauprojekte stellen, um tief im linken Lager auf Stimmenfang zu gehen, ebenso. Aber dass nun auch die Umweltverbände gegen die Voraussetzungen für weiteren Öko-Strom sind, leuchtet nicht so recht ein. Doch in der Tat: Am Dienstag schob der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz vor, „Umweltprüfungen“ müssten die Unbedenklichkeit des Netzausbaus garantieren. Auch der Naturschutzbund Deutschland sprach sich gegen eine klare Priorität für den Ausbau aus. Und wessen Kritik durfte natürlich nicht fehlen? Natürlich: Die Grünen schlossen sich an. Gegen Kernenergie, gegen Erneuerbare – ein schlüssiges Konzept sieht anders aus.

## Bundeswehr und Zivilgesellschaft gestärkt

### Die Gemeinschaft im Sinn

**Die Bundeswehr wird moderner, junge Menschen wollen sich flexibler für andere engagieren. Diese beiden Entwicklungen hat die christlich-liberale Koalition aufgegriffen und bestärkt. Neue Dienste ermöglichen neue Engagements. Schon im Sommer geht es los.**

Ab Juli gibt es für junge Menschen noch mehr Möglichkeiten, einen Dienst an der Gemeinschaft zu leisten. Dann werden Frauen und Männer den Bundesfreiwilligendienst oder einen Freiwilligen Wehrdienst absolvieren können. Das ermöglichen die Koalitionsfraktionen von Union und FDP mit ihrem klaren Votum vom Donnerstag. Beide Dienste bieten flexible Möglichkeiten, etwas für sich und die Gesellschaft zu tun.

Der Bundesfreiwilligendienst ersetzt den bisherigen Zivildienst und bietet Menschen aller Generationen die Chance, sich für die Gesellschaft einzubringen. Schulabgänger können hier Wartezeiten auf Studien- und Ausbildungsplätze sinnvoll verbringen, Senioren ihre Erfahrung mit jün-

geren Menschen teilen. Interessenten können sich vielfach bereits heute bei den jeweiligen Trägern – etwa der Caritas und der Diakonie, aber auch vielen kleinen Initiativen – um Plätze bewerben. Der Dienst bietet ebenso wie das bewährte Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) gute Konditionen und wird bei der Studienplatzvergabe berücksichtigt. Teilnehmer im Alter von über 27 Jahren können den Dienst auch in Teilzeit leisten.

Der Freiwillige Wehrdienst steht jungen Frauen und Männern offen. Sie können somit auch nach Aussetzung der Wehrpflicht als Staatsbürger in Uniform Verantwortung übernehmen. Während des Dienstes können sie sich persönlich ein Bild von der Bundeswehr bilden, ohne sich gleich

als Zeitsoldat verpflichten zu müssen. Die Dauer des Freiwilligen Wehrdienstes kann zwischen zwölf und 23 Monaten selbst gewählt werden.

Die flexibel gestaltbaren und modernen Dienste erweitern die Palette des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Gleichzeitig werden auch sie als Lerndienste gestaltet. Die teilnehmenden Frauen und Männer erhalten wertvolle Fort- und Ausbildungen zu verschiedenen Themen. Das verbindet die neuen Dienste mit den bewährten Freiwilligendiensten, etwa dem FSJ. Manche Seminare werden Teilnehmer des Bundesfreiwilligendienstes und Jugendliche im FSJ sogar gemeinsam besuchen können – das spart nicht nur Kosten, sondern fördert auch den Austausch.

## Mut zur Infrastruktur

### Innovation schafft Wachstum

**Während andere nur „dagegen“ sind, werden die Christsozialen ihrer Verantwortung gerecht. Verkehrsminister Dr. Peter Ramsauer sprach sich in Berlin klar für wichtige Infrastruktur- und Innovationsprojekte aus. Zurecht – denn hier liegt der Schlüssel für künftiges Wachstum.**

Bundesverkehrs- und Bauminister Dr. Peter Ramsauer hat sich klar hinter wichtige Infrastrukturprojekte gestellt. Als Schlussredner des Bundessymposiums des Wirtschaftsrates der CDU in Berlin benannte er außerdem die in sein Ressort fallenden Bereiche Mobilität und Gebäude als grundlegende Innovationsfelder für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. „Gerade die Bedeutung einer leistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur wird in der Öffentlichkeit immer noch unterschätzt“, betonte der Minister vor den rund 200 Teilnehmern des Kongresses. Denn Mobilität sei eine der wichtigsten Grundressourcen für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Vor diesem Hintergrund stelle eine verbreitete mobilitäts-skeptische oder gar mobilitätsfeindliche Grundhaltung ein erhebliches Risiko für den weiteren Erfolg unserer Volkswirtschaft dar.

In diesem Zusammenhang bezeichnete es Bundesminister Peter Ramsauer als verantwortungslos,



Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer will der schweigenden Mehrheit eine Stimme geben: „Dagegen“-Ideologen dürfen wichtige Projekte nicht blockieren.

wenn etwa die Grünen aus durchsichtigen wahltaktischen Gründen bei der Realisierung wichtiger Infrastrukturprojekte bewusst eine ausgeprägte „Dagegen-Stimmung“ schüren. Die Auseinandersetzung mit dieser Geisteshaltung sei eine herausragende politische Aufgabe.

Dabei müsse der positiv denkenden, aber schweigenden Mehrheit wieder eine Stimme gegeben werden. Zugleich müsse bei den Bürgern für den Ausbau unserer Infrastrukturen um Akzeptanz geworben werden, unterstrich Ramsauer. Dabei könne auch der Einsatz neuartiger Verfahren und Techniken einen Beitrag leisten – zum Beispiel beim Thema „Lärmschutz“. Ähnlich sei es bei der Bewältigung der Verkehrsmassen von morgen und bei dem Ziel, die Abhängigkeit des Verkehrssystems vom Erdöl zu verringern.

Viele Gespräche am Rande der Veranstaltung drehte sich um die Aufstockung der Investitionsmittel für die Schienenverkehrsinfrastruktur. Ramsauer hatte durchsetzen können, dass in den Jahren 2012 bis 2015 im Bundeshaushalt insgesamt eine Milliarde Euro zusätzlich für Schienenprojekte vorgesehen ist.